

Mutterschutz? Fehlanzeige

Die Vorsitzende des Sozialausschusses, Doris Rauscher (SPD), macht sich für eine Ausweitung des Mutterschutzes bei Frauen mit Fehl- und Totgeburten stark: „Noch immer sind gerade frühe Fehl- und Totgeburten ein Tabuthema in unserer Gesellschaft.“ Dabei würden mehr als 60 Prozent der Frauen nach einer Fehlgeburt an einer Depression erkranken, seien traumatisiert oder litten an posttraumatischen Belastungsreaktionen.

Betroffene Frauen sollten deshalb laut Rauscher ein Anrecht auf früheren Mutterschutz haben. „Sie können nicht einfach am Tag danach zur Arbeit gehen.“ Bislang haben Frauen aber erst nach der 24. Schwangerschaftswoche einen Anspruch auf Mutterschutz. Wer sein Kind vor der 24. Schwangerschaftswoche verliert, muss sich selbst um eine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung kümmern.

Die Sozialpolitikerin fordert von der Staatsregierung, Initiativen auf Bundesebene zu unterstützen, die zum Schutz der Frauen einen „gestaffelten Mutterschutz“ vorsehen. Ein weiteres Problem sei, dass die Krankenhäuser oftmals überfordert mit der Behandlung und Betreuung der betroffenen Frauen wären, weil es bisher kein einheitliches Leitsystem und keine Vorgabe gebe.

Die gesundheitspolitische Sprecherin Ruth Waldmann (SPD) fordert daher flankierend zu der Bundsratsinitiative im heutigen Gesundheitsausschuss eine bessere medizinische Versorgung betroffener Frauen: „Bislang ist der Umgang mit den Frauen in den Krankenhäusern sehr unterschiedlich. Das Personal dort muss für eine sensible und umfassende Betreuung und Behandlung von Sternenkindertern vorbereitet sein.“

> LOH